

Protokoll der BürgerInnenversammlung

„Interesse und Absichten des 14. Bezirks und der Stadt Wien an einer Nachnutzung des Areals Otto-Wagner-Spital aufgrund dem Vorliegen des Berichtes der eingesetzten Architekten-Kommission“

Ort: Festsaal des Goethe-Gymnasiums, Astgasse 13, 1140 Wien

Datum: Mi, 22.01.2014, 18.30 bis 21.00 Uhr

Podium:

- Bezirksvorsteherin Andrea Kalchbrenner
- Gemeinderätin Silvia Rubik (SPÖ)
- Gemeinderätin Jennifer Kickert (Grüne)
- DI Eckart Herrmann (MA 21)
- Univ.Prof. Dr. Sabine Plakolm-Forsthuber (ExpertInnenkommission)
- Arch. Prof. Maria Auböck (ExpertInnenkommission)
- DI Werner Bartlmä (WSE Wiener Standortentwicklung GmbH)
- Ing. Werner Windisch (GESIBA)
- DI Andreas Käfer (Traffix Verkehrsplanung)
- BRin Emine Schöbinger (Vorsitzende Bauausschuss d. Bezirksvertretung)
- Margit Ernst (Krankenanstaltenverbund)

Moderation: DI Hans Emrich, MSc

Ablauf:

- Begrüßung und Eröffnung durch Bezirksvorsteherin Kalchbrenner
- Einführung der Informationsveranstaltung sowie Diskussion der Anliegen der BürgerInnen
- Vorstellung des Podiums
- Präsentation des Planungsstandes durch die MA 21
- Statement der antragstellenden Partei ÖVP
- Statement der FPÖ
- Statements/Fragen der Bürgerinitiativen („Steinhof erhalten“ und Steinhof gestalten“)
- Statements/Fragen der BürgerInnen
- Rückmeldung des Podiums auf Fragen der BürgerInnen
- Schlussworte und Dank von Bezirksvorsteherin Kalchbrenner

Statement der antragsstellenden Partei ÖVP:

BR Franz Erhard Lerch: Seit 2006 wurden von den Bürgerinitiativen und auch u.a. von den Grünen 80.000 Unterschriften gegen das Projekt gesammelt, die uns heute nicht mehr unterstützen. Die ExpertInnenkommission hat gute Arbeit geleistet und die Ergebnisse in neun Punkten aufgelistet. Es fehlen jedoch drei wichtige Themen: 1) Ein Nachnutzungskonzept, 2) Die Festlegung eines diesbezüglichen Flächenwidmungsplans, der 3) den Weltkulturerbestatus sichert. Die Position der ÖVP liegt ausgedrückt vor. Es fehlt eine echte Bürgerbeteiligung mit Mitsprache, was hier passieren soll. Steinhof soll im öffentlichen Eigentum stehen und einer sozialer bzw. einer kulturellen Nutzung zugeführt werden. Es ist ein Gesamtkonzept für die Nutzung zu erstellen. Dies soll durch Bürgerbeteiligung erfolgen. Erst wenn diese Nachnutzung feststeht, kann man über notwendige Zweckbauten reden. Vorher nicht.

Statement der FPÖ:

BR Mag. Bernhard Loibl: Die Präsentation der MA 21 hat das Bedenken gegenüber dem Projekt eher verstärkt. Das Areal ist ein unverzichtbares Kulturerbe, das für eine gemeinnützige Nutzung erhalten bleiben soll. Das Großbauprojekt muss verhindert werden. Es geht nicht nur um die geplanten 160 neuen Wohneinheiten und die 100 Wohneinheiten, die in bestehenden Pavillons untergebracht werden sollen, sondern um die „Salamitaktik“ zur Umsetzung des ursprünglichen Projekts mit 700 Wohneinheiten. Es gibt keine Verkehrskonzeptlösung, keinen ausreichenden öffentlichen Verkehr, kein Anrainerschutz für die Ottakringer – dort hat sich der Bezirksvorsteher hinter der Bezirksgrenze „versteckt“. Die FPÖ ist gegen das Projekt, gegen jede Verschandelung des Jugendstilareals und fordert eine klare Verdichtung des Öffentlichen Verkehrs im 14./16.Bezirk, da das bereits jetzt verwirklichte VAMED-Projekt 100-200 Fahrten mehr erzeugt.

Statements der BürgerInneninitiativen:

Ing. Gerhard Hadinger / Bürgerinitiative „Steinhof erhalten“: Frage an Gemeinderätin Jennifer Kickert, zuständig für BürgerInnenbeteiligung, Demokratiepolitik und Mitbestimmung: Die Entscheidung der Neubebauung wurde nicht von den BürgerInnen getragen, obwohl dies kolportiert wird. Es gibt keinen Konsens zum Neubau im Ost-Areal. Das Expertenteam wurde nicht mit Experten für Ökologie, Kultur, Denkmalschutz und Raumplanung besetzt, sondern nur mit Architekten. Ob die Bebauung verträglich ist wurde von den Experten nicht beantwortet, dafür wurden sechs Architektenteams für eine Testplanung beauftragt. Teile der Bürgerinitiativen waren als Zuhörer, ohne Stimm-/Vetorecht beim ExpertInnengremium und bei der Testplanung zugelassen, ein Mitglied wurde ausgeschlossen. Die Petition zur Nominierung des Otto-Wagner-Spitals als UNESCO-Welterbestätte wurde von 7.229 WienerInnen (doppelt so viel als bei der Mariahilfer Straße) unterstützt. Diese Petition wurde kommentarlos vom Petitionsausschuss (also auch von Ihnen) abgelehnt und geschlossen. Die Petition wurde auf 500 gesetzt, dass aber viel mehr Beteiligung war, geht dadurch verloren. Seit drei Monaten warte ich auf eine sachliche Begründung durch die Ausschussvorsitzende. Die „BürgerInnenversammlung auf Raten“ widerspricht dem Begriff der „Bürgerversammlung“. Ebenso die begrenzte Teilnehmerzahl sowie die Erfassung persönlicher Daten für die Zählkarten. Gemäß §104c sind allfällige Unterlagen mind. 2 Wochen vorher zur öffentlichen Einsicht aufzulegen. Dies wurde nicht gemacht. Diese Veranstaltung erinnert eher an eine politische Veranstaltung in Nordkorea. Frage: Sind Sie der Meinung, dass Sie ihre Funktion richtig und voll wahrgenommen haben?

Antwort Gemeinderätin Jennifer Kickert / GRÜNE: Betreffend „Salamitaktik“: In den letzten 2 Jahren habe ich nichts zugesagt, was ich nicht einhalten konnte. Auch jetzt versichere ich Ihnen meinen politi-

schen Willen, dass die vorliegenden Vorschläge aus den verschiedenen Phasen Grundlage für die politische Entscheidung sein wird. Ich werde alles an Einfluss aufbieten, um die neun Punkte der Empfehlungen des ExpertInnen-Gremiums so und nicht anders umzusetzen.

Betreffend der Wahrnehmung meiner politischen Agenda „BürgerInnenbeteiligung“: Ja, ich nehme diese Funktion wahr und kann Ihnen sagen, dass ich mich mit bestem Wissen und Gewissen und mit hohem persönlichen Einsatz hinter viele Themen gestellt habe, so auch in der Mediation. Ich habe gesagt, was Mediation ermöglicht und was nicht. Wir versuchen möglichst weit im Konsens zu kommen - hier wurde viel erreicht. Ebenso wurde aufgezählt, wo es keinen Konsens gibt. Diese Frage wurde gleichzeitig ausgelagert und von ExpertInnen beantwortet – und wieder halte ich mich an die Vorschläge der ExpertInnen.

Antwort Bezirksvorsteherin Andrea Kalchbrenner: Betreffend der Bürgerversammlung: Wenn ein Antrag auf Bürgerversammlung gestellt wird, dann sind wir verpflichtet, diese in den zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten durchzuführen. Da uns nur ein Raum für 50 Personen zur Verfügung steht, ist es möglich für die Bürgerversammlung einen größeren Raum zu nutzen. Große Räumlichkeiten wie die Stadthalle oder das Rathaus bekommt man nicht so schnell. Wir haben erst auf Ottakring gewartet, daher findet die Bürgerversammlung erst jetzt statt. Wir haben den größten Saal genommen und daher findet die Veranstaltung hier statt. Betreffend Adressen: Ohne Adresse können wir Sie nicht informieren – Heute sind manche hier, da wir gestern alle angerufen haben, die keine Zählkarte mehr bekommen haben. Auch die Bürgerinitiative konnten wir so informieren. Wenn wir die Veranstaltung nur für Penzinger organisiert hätten, dann wäre die 2. Veranstaltung vielleicht nicht notwendig gewesen. Aber weil ich dazu stehe, ein offenes Ohr zu haben, findet auch die 2. Veranstaltung, an der auch viele Personen aus anderen Bezirken teilnehmen können, statt.

Ing. Gerhard Hadinger / Bürgerinitiative „Steinhof erhalten“: Frage an Gemeinderätin Silvia Rubik, zuständig für Tierschutz und Wiener Märkte, Mitglied der Mediation Steinhof. Laut Schutzzonendatenbank der MA 19 ist Steinhof als Gesamtanlage ein Baudenkmal von überregionaler, europäischer Bedeutung. Im Nordosten schließt sich der Wirtschaftsbereich mit eigener Zufahrt an. Zentrales architektonisches Objekt ist die ehemalige Prosektur (Pathologie). Im Wirtschaftsbereich befinden sich noch Wäscherei, Schuppen, Wohn- und andere Nebenbauten. Gestalterisch folgen alle diese Bauten im Aufbau und Gestaltung der Architektur des Psychiatrischen Zentrums. Der Schweinestall, der Pferdestall die Wagenschuppen und die Schmiede (alle im Ostareal) wurden bereits abgerissen. Ebenso wurden zwei Segmente der denkmalgeschützten Umgrenzungsmauer in der Reizenpfenninggasse für die Zu- und Abfahrten zum VAMED-Gebäude eingerissen. Die ehemals im Besitz der Stadt Wien befindlichen Grundstücke, auf denen die VAMED ein Rehab-Zentrum errichtet hat, wurden 2012 ohne Gemeinderats-Beschluss an einen Privatinvestor verkauft. Gleichzeitig plakatiert die SPÖ: „Die SPÖ schützt kommunale Betriebe vor Privatisierung“. Auf der Website der Stadt Wien liest man, dass 160 leistbare Genossenschaftswohnungen entstehen sollen. Nettomiete pro m² € 7,50. Die Wohnobjekte sollen je 100m² haben, das ergibt 750 Euro netto pro Monat – also nicht leistbar für einen durchschnittlichen Arbeiter. Fragen: Können Sie den anwesenden BürgerInnen erklären, wie es zu der Privatisierung beider Grundstücke gekommen ist? Welches Klientel sich hier Wohnungen leisten kann? Welche Vorstellungen hat die Stadt Wien für die 110 Wohneinheiten in den bestehenden Pavillons? Welche Funktion erfüllen Sie hier am Podium?

Antwort Gemeinderätin Silvia Rubik: Betreffend Tierschutz: Ich bin zwar nicht mehr Tierschutzbeauftragte, aber Tiere liegen mir sehr am Herzen. Das Otto-Wagner-Gelände ist als Selbstversorgungsareal

(mit Flächen für Gemüse und Obst, einer Wäscherei, einer Schreinerei etc.) angelegt gewesen, daher gab es auch Stallungen. Dies ist in der heutigen Zeit nicht mehr notwendig.

Betreffend Prosektur: In der Mediation wurde ein Übereinkommen getroffen, dass die Prosektur ein Ausstellungsraum werden soll – für das Museum der Otto-Wagner-Kirche und eventuell ein Kaffeehaus. Mir ist nichts Gegenteiliges bekannt – dies wurde an das Expertenteam weitergegeben und eingeplant.

Betreffend Leistbarkeit der Wohnungen: Wenn Wohnungen entstehen, dann in drei Stufen: 1/3 Privat, 1/3 Genossenschaft, 1/3 Mietwohnungen – diese Durchmischung wurde in der Mediation gemeinsam beschlossen.

Betreffend Wohnungen: Gar keine Wohnungen bedeutet Stillstand. Ich bin ein Mensch, der auch Visionen hat – wie jeder Einzelne von Ihnen.

Ing. Gerhard Hadinger / Bürgerinitiative „Steinhof erhalten“: Frage an Ing. Werner Windisch / GESIBA: Das Grundstück „A7“ (ca. 25.000m²) wurde 2008 um ca. 8,8 Mio. € an die GESIBA verkauft, dies entspricht 345 Euro/m². Für einen Schrebergarten bezahlt man 700-1.000 Euro/m². Für die Bauplätze „A1-A6“ (ca. 107.000m²) wurde 2008 ein Vorvertrag abgeschlossen, mit einer beiderseitigen Verpflichtung einzelne Bauplätze nicht anderswertig zu verkaufen, zu vermieten oder zu verpachten. Trotzdem wurden die Bauplätze „A5+A6“ an den Krankenanstaltenverbund zurückgegeben, der diese an die Immoconsult verkauft hat. Die Grundstücke gehören der Gemeinde Wien und werden vom Krankenanstaltenverbund verwaltet. Wenn für beide Verträge eine Rückabwicklung stattfindet, kann der Krankenanstaltenverbund weitere Grundstücke an Private verkaufen? Auf der Website der Stadt Wien ist zu lesen, dass elf Wohntürme als max. Verbauung im Ostareal geplant sind. Fragen: 1. Wie sind die Eigentumsverhältnisse der GESIBA? 2. Wenn die derzeitige Widmung redimensioniert wird, was bedeutet dann das Baurecht für 99 Jahre an die GESIBA? 3. Was passiert mit dem Trennstück „A8“ (Gärtnerei), auf dem ein Bauprojekt geplant ist, obwohl es nicht der GESIBA gehört?

Antwort Ing. Werner Windisch / GESIBA: Einige der Fragen sind an den Krankenanstaltenverbund zu richten.

Betreffend Schrebergartenpreise: Wer annimmt, dass der Krankenanstaltenverbund befugt ist, die Flächen zu irgendeinem Preis an irgendwem zu vergeben, irrt sich. Der Kaufpreis wurde aufgrund eines Gutachtens erstellt. Dieses Gutachten wurde von der Präsidentin der Wiener Wirtschaftskammer erstellt.

Betreffend Eigentumsverhältnisse der GESIBA: Diese waren nie ein Geheimnis. Die GESIBA gehört zu 99,97% der Stadt Wien.

Ing. Gerhard Hadinger / Bürgerinitiative „Steinhof erhalten“: Frage an DI Bartlmä / WSE: Sie waren auch Teilnehmer der Mediation Steinhof. Als wir Sie bei der Mediation gefragt haben, was die WSE nach Absiedelung des Otto-Wagner-Spitals mit dem Areal (53 Jugendstilbauten) geplant haben, antworteten Sie: Nichts – wir sind hier, um mit Ihnen die zukünftige Nutzung zu diskutieren. Wochen später präsentierten Sie uns drei Varianten der Verbauung, wobei die Pavillonzone als privat gekennzeichnet war. Das Expertengremium hat am 3.4.2013 die Empfehlung an die Stadtpolitik mit 9 Punkten präsentiert: Für das Gesamtareal sollen in Abhängigkeit der Absiedelungspläne Nachnutzungsszenarien entwickelt und kontinuierlich umgesetzt werden. Eine Trägerbetriebsgesellschaft soll das Areal verwalten. Frage: Wie weit sind die Vorbereitungen dazu umgesetzt worden und welche Planungsschritte wurden bis jetzt unternommen?

Antwort DI Bartlmä / WSE: Die WSE wurde vom Krankenanstaltenverbund beauftragt, ein Konzept für die Nachnutzung zu erstellen. Nach einer Bestandserhebung wurden Rahmenbedingungen abgesteckt: Nachnutzer brauchen bauliche Veränderungen (z.B. Barrierefreiheit). Daher wurde mit einem Architekturbüro der Bebauungsplan studiert und geprüft, welche baulichen Nutzungen der Flächenwidmungsplan ermöglicht. Es wurden Bebauungsmöglichkeiten in der Kernzone und Bebauungsformen entwickelt. Die Ergebnisse waren Grundlage für die Diskussion mit dem Bundesdenkmalamt. Folgende Vorschläge wurden dafür erarbeitet: 1) Zubauten an die Pavillons, 2) Vorbauten als Wintergärten, 3) Dachaufbauten und Aufstockungen, 4) kleine Neubauten in den Freiflächen zwischen den Pavillons. Ziel dieser Vorschläge war die Prüfung, ob neue Gebäude in der OWS Kernzone überhaupt möglich sind. Mit diesen Vorschlägen ging man in die Diskussion mit dem Bundesdenkmalamt. Das Bundesdenkmalamt erlaubte keine Zubauten, Aufbauten, Vorbauten oder Bauten dazwischen. Das Bundesdenkmalamt teilt das Areal dabei in zwei Zonen ein: 1) Ost-Areal: Hier gibt es eine abweichende Position bzgl. baulicher Änderungen und Neubauten. 2) Kernzone (bis zum westlichen Grünstreifen): Die Bauarchitektur ist hier von höchstem Interesse, die Erscheinungsform ist zu erhalten. Die innere Nutzung wird nicht vorgegeben. Daher bestand die Aufgabe zu prüfen, welche Nutzungen in den bestehenden Pavillons möglich sind. Das wurde so auch im Mediationsverfahren angesprochen. Der Denkmalschutz wird in der Kernzone „gelebt“ – hier herrscht absolutes vom Bundesdenkmalamt verfügbares Bauverbot. Zukünftige Nutzungen sollen möglichst konsensual festgelegt werden. Für medizinische, soziale, soziomedizinische Nutzungen, ergänzende Nahversorgung, Spitalsbetrieb, kulturelle Einrichtungen, Bildungseinrichtungen, jegliche Sonderformen des Wohnen wurde in der Mediation schon ein Einvernehmen erarbeitet. Darüber gibt es eine vertragliche Vereinbarung, die auf der Mediations-Homepage öffentlich einsehbar ist.

Die WSE hat die Erkenntnisse aus der OWS-Analyse der Stadt zur Verfügung gestellt. Es gibt das Bekenntnis, dass konsensuale Nutzungen in die Nachnutzungsüberlegungen hineingenommen werden.

Jetzt ist die Phase erreicht, wo man über die tatsächliche Nutzung der frei werdenden nachdenken kann. In den nächsten Jahren werden Nutzer gesucht. Es gibt das gemeinsame Interesse das Jugendstil-Ensemble für die nächsten 100 Jahre zu erhalten und mit Leben zu erfüllen.

Ing. Gerhard Hadinger / Bürgerinitiative „Steinhof erhalten“: Frage an DI Käfer / Traffix Verkehrsplanung: Für die 160 geplante Wohneinheiten und den Umbau der Jugendstilbauten im Ostareal in 110 Wohnungen, gibt es noch keine konkreten Veröffentlichungen, mit wie vielen Haushalten und Bewohnern gerechnet werden muss. Bei 260 Wohneinheiten ergeben sich bei 1,3 PKWs/Haushalt etwa 340 PKWs plus 120 PKWs aus der VAMED-Tiefgarage (Zufahrt über Reizenpfeninggasse). Weiters ist im Teilungsplan des Ostareals eine Busschleife um das ehemalige Pfortnerhaus projektiert. Da ja die Michalekgasse zur Einbahn Richtung Westen umgewidmet wurde, muss der gesamte Verkehr über den Flötzersteig stadteinwärts geleitet werden. Hier gibt es in den Morgen/Abendstunden schon jetzt 1.050 Fahrzeuge/Stunde. Frage: Wurde schon ein Verkehrskonzept entwickelt und wenn ja, welche Maßnahmen wurden zur Verkehrsbewältigung bereits entwickelt?

Antwort DI Käfer: Zunächst eine Antwort auf verschiedene Fragen als Mitglied der ExpertInnenkommission betreffend der Einhaltung der Forderungen der Bürgerinitiative durch das Expertengremium: Die Forderungen wurden eingehalten, die Kommission hat sich damit beschäftigt. Vertreter der Bürgerinitiative werden das bestätigen. 1. Die Forderung, dass das Gesamtareal im Eigentum der Stadt Wien bleiben soll, war auch eine zentrale Forderung des Expertengremiums. 2. Für das Gesamtareal sollen in Abhängigkeit der Absiedelung Nutzungsszenarien entwickelt werden. 3. Der Auftrag war, sich mit der Gestaltung im Ostteil zu beschäftigen. 4. Die zwei Grünstreifen müssen von

einer Bebauung freigehalten werden. Dies bedeutet eine massive Reduktion der Bauflächen und Kubaturen.

Betreffend Verkehr: Ich möchte die Zahlen nicht in Frage stellen und meine Bewunderung für das Kennen der statistischen Werte ausdrücken. Bei den 160 plus 100 Wohneinheiten ergeben sich 260 Wohneinheiten. Laut Stellplatzverpflichtung ist 1 Stellplatz/Wohneinheit erforderlich. Das ergibt etwa 520 Fahrten (Hin/Retour) pro Tag, wobei zu beachten ist, dass die wegfallenden Fahrten hier nicht abgezogen sind und nicht jeder ein Auto besitzt und dies jeden Tag benutzt. Ein Verkehrskonzept gibt es. Ein Verkehrsgutachten gibt es noch nicht, da die Bebauung noch nicht fixiert ist. Es ist eine öffentliche Präsentation des Verkehrsgutachtens ist in weiterer Folge sicher möglich.

Ing. Wolfgang Veit / Bürgerinitiative „Steinhof gestalten“: Die Schilderungen sind ein interessanter Zwischenstand, aber nicht der Endpunkt der Planung. Wir haben viel erreicht im Vergleich zum Beginn der Diskussion. Zu Beginn war der Verkauf einzelner Grundstücke an Private geplant sowie eine große, dichte Bebauung der Grünstreifen. Wir wurden von der Expertengruppe bestätigt, dass das erhaltenswerte Ensemble nicht verkauft werden darf, gemeinsam weiterentwickelt werden soll und eine Betriebsgesellschaft für eine gemeinsame Weiterentwicklung (aufgrund der Absiedelung des Spitals bis 2024) gegründet werden soll.

Die Bürgerinitiative möchte davor warnen, die WSE als Betriebsgesellschaft damit zu betrauen und sieht die Gefahr, dass die WSE den alten Plan verwirklichen möchte.

In Expertengremium saßen nicht die Menschen, auf die wir uns in der Mediation geeinigt haben. Nicht dabei waren Ökologen wie Prof. Lötsch, obwohl die erstaunliche Artenvielfalt und Ökologie in Steinhof berücksichtigt werden sollte. Dankenswerterweise nahm Prof. Plakolm-Forsthuber als Teilnehmerin ohne Bezahlung teil.

Die Experten haben bestätigt, dass wir richtig liegen, dass im westlichen Teil nichts hineingebaut werden darf. Dies braucht noch eine rechtlich verbindliche Form durch die Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes. Ansonsten kann weitergebaut werden, da der derzeitige Rechtszustand, also der Flächenwidmungsplan, von SPÖ und FPÖ 2006 gemeinsam beschlossen wurde, das erlauben würde. Der Verkauf wurde von SPÖ, FPÖ und ÖVP beschlossen. Nur die GRÜNEN waren schon damals gegen die Widmung und auch gegen den Verkauf.

Bezüglich der geplanten Bebauung im Ostteil ist zu sagen, dass auch die Experten meinen, dass das Gesamtareal als eine einheitliche Anlage zu betrachten ist. Dazu ein Vergleich mit einem Wohnhaus mit 10 Stockwerken: Wer würde einen langfristigen Vertrag für eines der 10 Stockwerke unterzeichnen, ohne zu wissen, was man langfristig im Zukunft mit dem gesamten Wohnhaus macht? Daher: Der Ostteil soll freigehalten werden, bis man weiß, was im Westteil passiert. Möglicherweise erfordert die Nachnutzung des Westteils (z.B. durch einen Pharmakonzern) auch Ergänzungsbauten im Ostteil.

Weiters fordert die Bürgerinitiative eine Überprüfung auf Verträglichkeit mit dem Weltkulturerbe.

Derzeit muss man darauf vertrauen, dass jetzt nicht gebaut wird und die Stadt Wien weiter im Gespräch bleibt.

Statements/Fragen der BürgerInnen:

Bürgerin, 16.Bezirk: Ich darf um Richtigstellung ersuchen: In der Präsentation der MA 21 wurde bei den Forderungen des Expertengremiums unter Pkt. 5 genannt, dass im Hauptteil und im westlichen Sanatoriumsbereich zwischen den Pavillons keine Neubauten errichtet werden dürfen. Richtig ist, dass auch *in den Freiflächen* und zwischen den Pavillons keine Neubauten errichtet werden dürfen. Das

bedeutet, dass bis auf die Bauplätze im Osten auf dem gesamten Areal keine Freiflächen mehr verbaut werden dürfen. Das ist wichtig, weil zum Beispiel im Südwesten der Anlage, südlich des Sanatoriums eine große Parkanlage, die als geschütztes Parkgebiet ausgewiesen ist, derzeit bis zu 40% verbaut werden darf. Das bedeutet, dass jene Baufelder, die jetzt von GESIBA durch Wohnungen verbaut werden sollen, die letzten Baulandreserven am Gesamtareal sind. Für jede Nachnutzung des Gesamtareals heißt das, dass langfristig keine weiteren Ergänzungsbauten (auch wenn noch so notwendig) errichtet werden können, weil jetzt die letzten Baulandreserven durch die GESIBA verbraucht werden. Daher möchte ich nochmals betonen, dass das Expertengremium eindringlich fordert, dass die Nutzung des Ostteils in funktionalem und räumlichem Zusammenhang mit der Nutzung des gesamten Areals zu sehen ist.

Konsens aus Mediation ist, dass therapeutische Einrichtungen weitergenutzt werden sollen. Gerade im Osten der Anlage befindet sich eine Vielzahl wichtiger therapeutischer Einrichtungen. Das bedeutet, dass es unweigerlich und schnell zu massiven Konflikten mit der neuer Wohnbevölkerung kommen wird.

1981 ist es gelungen durch Bürgerinitiativen, die heutigen Steinhofgründe vor einer Wohnbebauung zu retten. Mittlerweile haben fast 80.000 WienerInnen unterschrieben. – Wir werden dieses wertvolle Ensemble zum Gemeinwohl erhalten können!

Bürger: Nach der Verstaatlichung von Betrieben wie der Post etc. sollen nun öffentliche Flächen privatisiert werden. Das Netzwerk aus Politik und Managern sucht sich passende ExpertInnen und organisiert Veranstaltungen wie diese zur Absegnung.

Bürger: Ständig ist die Rede von „es sollte/man könnte...“ Gibt es kein konkretes Konzept? Frage an die Abgeordneten: Sind Sie nicht gewählt, um Bürger zu vertreten? Die Bürger wollen in Steinhof keine Wohnungen. Alles was innerhalb der Mauer ist, soll erhalten werden, wie es ist. Wenn sie sagen, dass es keine Pferde und Schweine gibt und die Stallungen daher abgerissen werden können, dann könnten wir auch alles andere abreißen. Machen sie klare Politik und folgen sie den Bürgern. 80.000 Unterschriften müssen dies klar bekunden.

Bürger: Wenn die Stadt Wien, der Bezirk und die SPÖ ihrer sozialen Kompetenz gerecht werden soll, dann sollen keine Eigentumswohnungen, sondern geförderte, leistbare Wohnungen im Eigentum der öffentlichen Hand entstehen.

Prof. Lötsch, Ökologe: Die Stadtökologie rund um die Steinhofgründe ist leicht zusammengefasst: Schon 1905 hat der Gemeinderat unter enormen Bevölkerungsdruck den Wienerwald-Gürtel eingerichtet und als unbedingt schützenswert deklariert. Dies besagt, dass der Nord-West-Quadrant erhalten bleiben muss, wie immer sich Wien ausbreitet, da von hier die größten Winde auftreten. Die Steinhofgründe liegen rechtlich zwar nicht im Wald- und Wiesengürtel (da der Bereich damals noch zu Niederösterreich gehörte), aber alle Argumente, die für den Wienerwald-Gürtel gelten, gelten auch für die Steinhofgründe. Gerade unter der jetzigen Stadtregierung aus Rot und Grün ist es unglaublich, dass dies ein derartiger Streitpunkt ist.

Die Forstbetriebe pflegen das Gebiet. Es ist das einzige Gebiet im Nahbereich von Wien, wo es Rehe gibt.

Hier können Gesunde sich erholen und Kranke genesen. Warum wird plötzlich erklärt, dass alle schönen, grünen Spitäler dem medizinischen Fortschritt nicht gewachsen sind? Die psychosomatische Wiener Schule besagt, dass das am Heilungsprozess beteiligte Umfeld immer wichtiger ist.

Ich unterstütze diese Bürgerinitiative, weil hier Menschen nicht für ihre kleinkarierten Interessen eintreten, sondern spüren, dass etwas falsch läuft. Das ist keine richtige Privatisierung, es ist schlichter

Kommunalkapitalismus. Wir sollten auf dem Niveau der Sachlichkeit/Sorgfalt der Bürgerinitiative bleiben und nicht in Fußballstimmung ausbrechen. Wir sollten auch die Grünen nicht ans Kreuz schlagen, denn sie müssen nun die Beschlüsse, die vor ihrer Regierungsbeteiligung gefasst wurden umsetzen. Die Verweigerung Wiens, das Areal als Weltkulturerbe zu erklären ist verständlich, denn die Stadt hat damit viel vor.

Es war ein Jahr Zeit, um mit Privatkliniken zu verhandeln. Es gibt die größte Geriatrie-Welle, das St. Anna-Kinderspital sucht Rehab-Plätze für Eltern mit Kindern und musste nach Salzburg gehen.

Diese Bürgerinitiative ist so unterstützenswert, weil sie 1) gegen eine Entgrünung des Gesundheitswesens, 2) gegen freie Bauspekulation auf öffentlichem Wohlfahrtsgelände und 3) gegen Entmenschlichung des Krankenwesens ist. Denn Pflegemöglichkeiten sind in Großkliniken nicht zu erfüllen, die Zahl der seelisch Erkrankten und die erforderliche Fürsorge wächst – sollen diese entlang endloser Spitalskorridore auf- und abgehen? Die schönste Lage von Wien ist für Nervenranke scheinbar zu schade und soll besser verwertet werden.

Die Bevölkerung liegt richtig, der Bürgerinitiative schlägt eine große Sympathiewelle entgegen, weil sie spüren, dass es um die Nutzung dieses Juwels geht. Es stellt sich die Frage, ob das Rudolfinerhaus noch ein Spital wäre, wenn es im Besitz der Stadt Wien wäre. Wir müssen dem einen Riegel vorschieben und ein ordentliches Nachnutzungskonzept einfordern. Der Staat und die Stadt müssen sparen, daher müssen sich Nutzungen auch rechnen. Aber ist man mit Investoren großer Krankheits- und Gesundheitseinrichtungen im Gespräch – nein, nur die 200 Wohneinheiten sind fix.

1981 gab es einen eindeutigen Willen gegen die Verbauung. Auch 30 Jahre später ist die Bevölkerung wieder dagegen.

Worin besteht die Bürgerbeteiligung? Hier wimmelt es von Architekten.

Die GESIBA soll maßgeschneiderte Bauten errichten, die den schönen Gesundheitsbetriebsarealen Europas entspricht.

Bürger: 1981 wurden auch schon Unterschriften gesammelt.

Danke für die heutige Veranstaltung!

Das Stichwort Visionen ist gefallen: Man braucht Visionen für ein Mission Statement, muss Strategien und Maßnahmen entwickeln... Meine eigene Vision ist: Politiker hören auf Bürger und Bürgerinnen! Es ist irritierend: Es gibt 80.000 Unterschriften, zwei Bürgerinitiativen, eine Expertengruppe – warum gibt es dann dieses Problem? Man weiß was BürgerInnen wollen, es gibt Experten, die das bestätigen. Warum diskutieren wir?

Bürger: In Steinhof gibt es eine in Stein gemeißelte Tafel: „Dem Willen der Bevölkerung folgend wurde 1981 das Erholungsgebiet für die Bevölkerung geöffnet!“ Das soll nicht ruiniert werden.

Arch. Prof. Maria Auböck / ExpertInnenkommission: Zur Frage, wie es weitergeht: Jetzt muss darauf geachtet werden, dass die jetzige Widmung zurückgefahren wird. Es ist toll, dass die Stadt darauf eingeht, sodass es im Widmungsverfahren weitergehen kann und das Baurecht im Eigentum der Stadt bleibt. Ein vernünftiges Nutzungskonzept lässt sich jedoch nicht in einem Jahr finden. Die Häuser werden genutzt, es darf kein Stillstand sein. Es braucht eine Weiterentwicklung mit Kräften der heutigen Zeit. Es geht darum die Widmung zu verändern!

Bürgerin: Es findet Information statt Beteiligung statt. Es gibt keine Vision für die Zukunft. Meine Vision ist eine öffentliche Nachnutzung mit einem Stadtkulturzentrum. Die Bürgerinitiativen sollen in ein Beteiligungsverfahren einbezogen werden – danach kann man ExpertInnen daran arbeiten lassen.

Wer waren AkteurInnen der Mediation? Gibt es eine Dokumentation?

ExpertInnen müssen Moderatoren sozialer Prozesse sein statt aus der baulichen Expertise an das Thema herangehen.

Wozu gibt es ein Testplanungsverfahren? Man sollte erst Leute fragen (community based planning)!

Wie schaut die Entwicklung des Nutzungskonzepts aus? Wie kann man sich hier beteiligen? Viele Leute haben Visionen zur zukünftigen Nutzung.

Bürger: Es wurde noch nicht angesprochen, dass es 1981 bereits eine Volksbefragung zu Steinhof gab. Was ist das der Stadt wert? Auf der Tafel steht: Das Volk will das Areal behalten.

Hr. Landerer, Vertreter der Initiative Denkmalschutz: Im Sinne der Transparenz stellt sich die Frage, ob das Protokoll für ExpertInnen und PolitikerInnen ist, oder ob es BürgerInnen einsehen dürfen? Der Verein „Initiative Denkmalschutz“ war bei der Vormediation beteiligt, aber nicht bei der Hauptmediation. Man hatte die Wahl, die „Krot zu schlucken“ oder auszusteigen. Dies kann zu keinem guten Ergebnis führen - der Verein sieht sich darin bestätigt.

Bezüglich des Punktes, dass der Ostteil in Zusammenhang mit dem Gesamtareal zu sehen ist, stellt sich die Fragen, wie man Wohnungen bauen kann, ohne zu wissen, was auf dem gesamten Areal stattfindet.

Man tritt Bürgerbeteiligung und Mediation mit den Füßen. Wir haben eine Bausperre gefordert, um dann weiter über den Flächenwidmungsplan zu diskutieren. Aber es erging kein Auftrag an die MA 21 etwas zu verändern, sondern man lässt sich Zeit. In Neustift am Wald wurde sofort eine Bausperre verhängt. In Steinhof sagt man, es hat keinen Sinn?

Es gibt eine Petition zur Nominierung des Areals als Welterbestätte. Die Antwort des Petitionsausschuss war, dass das Areal als Welterbestätte nicht besser geschützt ist. Das war jedoch nicht die Frage. Das Otto-Wagner-Spital ist historisch wertvoll, dies soll geprüft werden. Dies im Vorfeld zu verhindern ist ein Skandal.

Bürger, 16. Bezirk: Teile des Gebiets gehörten früher zu Ottakring.

Ich möchte Fr. Kickert zubilligen, dass sie sich sehr bemüht hat. Kompliment an die Bezirksvorsteherin für diese Veranstaltung.

Es ist Tatsache, dass Steinhof ein historisches Denkmal ist. Jetzt zerstört die SPÖ dieses Weltkulturerbe und Erholungsgebiet und gibt den Preis nicht bekannt.

Das Versprechen weiter zu denken ist schön, aber in 2-3 Jahren gibt es diese PolitikerInnen nicht mehr und was PolitikerInnen versprechen, gilt nicht. Wenn man mit einem Fuß mit dem Wohnbau in Steinhof ist, dann kommt die Begehrlichkeit für weitere Wohnungen sicher!

Bürger: Es gab Überlegungen von Parkplätzen auf der Wiener Schmelz. Dann wurden Schrebergärten abgesiedelt, um eine Schule zu bauen, die man auch anderswo hätte bauen können. Eine derartige Salomitaktik ist auch in Steinhof möglich. Der Erhalt des Wienerwaldes ist wichtig! Es ist wichtig, sich dazu zu bekennen, wie Wien aussehen soll.

Bzgl. Grundstücksproblematik: Bei der Wirtschaftsuniversität sagte Vertreter der Stadt Wien, dass ein U-Bahn-Anschluss wichtig ist – ein Campus wäre in Aspern kein Problem gewesen. Man hat Rotundengelände falsch genutzt – das darf für Steinhof nicht passieren.

Bürger: Warum sitzen wir heute beisammen? Es gibt Proteste gegen die Wohnverbauung. Die Expertenrunde hat kluge 9 Punkte verfasst. Warum will man das Pferd von hinten aufzäumen und beginnt mit dem Wohnbau? Wien sollte eine Nachnutzung finden, doch es wird nur auf die Verbauung bestan-

den, weil die GESIBA Rechte darauf hat. Warum geht man die Forderungen nicht Punkt für Punkt durch und kommt erst zum Schluss dann zur Verbauung?

Bürger: Das ist ein außerordentlicher Bau, kein gewöhnlicher Ziegelbau – Ich verstehe die Diskussion nicht!

Bürger: Ich war mit meinen Eltern als Kind sehr oft in Steinhof – wir lieben Steinhof nach wie vor und möchten das Areal auch in Zukunft nutzen. Ich möchte darauf hinweisen, dass auch wir jungen Menschen das Anliegen haben, in Steinhof Bewegung zu machen und uns zu erholen – statt nur vor dem PC zu sitzen.

Schlussrunde:

Gemeinderätin Silvia Rubik: Es war mir wichtig heute dabei zu sein und die Probleme der BürgerInnen zu hören.

Ich bin mit Fr. Dr. Kickert seit 2012 beim Mediations-Vor-und Hauptverfahren beteiligt. Wir haben einen Konsens gesucht zwischen den Magistratsabteilungen, dem Denkmalschutz ua. und dennoch sind nicht alle Vereinbarungen so, wie es sich die Bürgerinitiative gewünscht hat.

Uns geht es nicht um die Zerstörung des Areals. Wir sind für soziale Einrichtungen auf dem ganzen Areal. Das Areal soll eine Aufwertung mit Gedenken an den historischen Standort erfahren. Es braucht auch Visionen. Vielleicht kann im westlichen Teil ein Campus für junge Menschen entstehen, die auch die Frei- und Grünflächen nutzen. Ich freue mich auf die weiteren Diskussionen.

Gemeinderätin Jennifer Kickert: Ja, es gibt eine Dokumentation des Mediationsverfahrens unter www.ows-mediation.at mit vielen ausführlichen Unterlagen.

Zur Präzisierung: Die Steinhofgründe bleiben unverbaut, um die geht es nicht. Wir reden über 11 Bauplätze am Gelände des Otto-Wagner-Spitals.

Betreffend des Verkaufs der Grundstücke: Der Grundstücksverkauf wurde gegen die Stimmen der Grünen im Gemeinderat beschlossen. Über eine Rückabwicklung des Vertrages sollen die Grundstücke wieder in öffentliches Eigentum übergehen. Das ist politischer Konsens und von „Kommunalkapitalismus“ zu sprechen, ist unsachliche Polemik.

Betreffend der Konjunktive: das ist die grammatikalisch korrekte Form, weil das, was hier vorliegt, Vorschläge und Grundlagen für zukünftige politische Beschlüsse sind. Es sind Vorschläge, keine Fakten. Ich möchte in meiner politischen Arbeit diese Vorschläge zu 100% umsetzen - jetzt kann ich nur von diesem Vorhaben berichten:

1) Der nächste politische Schritt ist, möglichst noch im 1.Quartal dieses Jahres einen neuerlichen Gemeinderatsbeschluss zu fassen, der den Verkaufsbeschluss von 2008 aufhebt. 2) Danach soll ein neues Verfahrens zur Flächenwidmung eingeleitet werden, das die derzeit geltenden Bebauungsmöglichkeiten entsprechend der Vorschläge der ExpertInnen reduziert. Bisher gibt es keine politischen Widersprüche gegen die Ergebnisse, daher gehen wir davon aus, dass dies erfolgt. 3) Parallel dazu werden Nutzungsüberlegungen mitgedacht, da das Spital bis 2020 sukzessive absiedelt. Für die freiwerdenden Pavillons werden Nachnutzungen gesucht. Die Zwischennutzung und Nachnutzung soll von einem Gebietsmanagement abgewickelt werden. Derzeit ist dies beim Krankenanstaltenverbund angesiedelt, der sich mit Spitalsnutzung befassen soll. Das sind die nächsten drei Schritte, die in die politische Tätigkeit mitgenommen werden.

Bezirksvorsteherin Andrea Kalchbrenner: Vieles findet nun als nächsten Schritt auf Ebene des Gemeinderates statt. Es ist jedenfalls unumgänglich, möglichst rasch diesen Rückkaufbeschluss zu fassen und die Widmungen entsprechend zu verändern.

Auch wenn die Absiedelung bis 2020 dauert, so ist es Wunsch der Bezirksvorstehung eine Gruppe zu bilden, in der auch Bürgervertreter sitzen, um Ideen zu entwickeln, wie das Areal des Otto-Wagner-Spitals genutzt werden soll. Ich kann mir zum Beispiel einen universitären Standort für die Gehirnforschung oder ein Rehab-Zentrum für Kinder vorstellen. Wer mich kennt, weiß, dass ich mir auch wünsche, dass die Gedenkstätte erhalten bleibt – diese könnte in einen der Pavillons belassen oder neu errichtet werden. Wir werden dies zusätzlich zum Rückkaufbeschluss mit unseren Kontaktpersonen im Gemeinderat besprechen.

Das Protokoll ergeht selbstverständlich an die Bürgerinitiative. Allen, aber auch anderen BürgerInnen, die uns ihre Adresse genannt haben, wird das Protokoll auch zuschickt.

Mein Dank gilt allen Beteiligten, aber vor allem den BürgerInnen. Danke für Ihr Interesse.

Anhänge zum Protokoll:

- Memorandum Ing. Gerhard Hadinger
- Antwort von Frau GRin Jennifer Kickert
- Antwort von GESIBA Ing. Werner Windisch
- Antwort von WSE Werner Bartlmä